

1.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9.April 1954

170/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. P i t t e r m a n n , W e i k h a r t , P r o k s c h und  
Genossen

an den Bundeskanzler,

betreffend Unzukömmlichkeiten bei Einkäufen aus ERP-Mitteln.

.-.-.-.-.

Der österreichische Nationalrat hat sich in der VI.Gesetzgebungsperiode schon einmal durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit der amtlichen und privaten Einkaufspraxis im Rahmen der sogenannten ERP-Kredite beschäftigen müssen. Der Eindruck, den die Abgeordneten und durch ihren Bericht die Öffentlichkeit aus dem Ergebnis der Untersuchung gewannen, hat offenkundig zu einer gewiss durchaus erfreulichen Verbesserung in der administrativen Gebarung geführt.

Leider scheint dieser Fortschritt nicht für die Praxis beim Bundesministerium für Land-und Forstwirtschaft gegeben zu sein. Schon bei der ersten Untersuchung bot die Durchführung der ERP-Wareneinkäufe durch einzelne Abteilungen des erwähnten Bundesministeriums Grund für berechtigte Kritik. Nun wird in Wien vorerst gerüchtweise herumgeredet, dass das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft durch unsachgemäße und den Abmachungen der österreichischen Bundesregierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten widersprechende Massnahmen der österreichischen Volkswirtschaft einen Verlust von 2.9 Millionen Dollar, das sind rund 75 Millionen Schilling, zugefügt hätte.

Es soll sich dabei um eine Transaktion bei einem Maiseinkauf handeln, deren Durchführung dem Kontroller Anlass bot, den österreichischen Kredit um die oben erwähnte Summe zu verringern.

Die gefertigten Abgeordneten verlangen von der österreichischen Bundesregierung eheste und vollständige Aufklärung, ob diese Gerüchte eine Grundlage haben oder nicht. Denn die Abgeordneten müssen ja in der Lage sein, Anfragen ihrer Wähler sachkundig und wahrheitsgemäss beantworten zu können.

Darüber hinaus aber müsste, falls tatsächlich solche Unzukömmlichkeiten vorliegen, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss neuerlich mit der Prüfung der Vorfälle und mit der Berichterstattung an das Hohe Haus betraut werden.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. April 1954

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1.) Ist es richtig, dass vom österreichischen Dollar-Kredit ein Betrag von 2.9 Millionen Dollar von der amerikanischen Kontrollstelle gestrichen wurde?
- 2.) Ist es richtig, dass unsachgemässe und nachlässige Massnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft die Handhabe für diese die österreichische Volkswirtschaft schwer treffende Massnahme waren?
- 3.) Ist die Bundesregierung bereit, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses anzuregen, der die Angelegenheit zu prüfen und darüber im Parlament zu berichten hätte?

.....